



# DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT  
im DBB

# 11

November 2020 / 54. Jahrgang

# POLIZEISPIEGEL

## Tarifeinigung in schwierigen Zeiten



Seite 6 <

Bundesjugend-  
konferenz der  
JUNGEN POLIZEI  
geht auch digital

Seite 19 <

Fachteil:

- Gesetzeslücke geschlossen: Pfeilabschussgeräte erlaubnispflichtig
- Buchrezension  
Der Verkehrspolizist



## Ein Kommentar von Torsten Gronau, Landesvorsitzender Polizei und Rechtsextremismus

Seit einigen Wochen gibt es eine breite mediale Diskussion über die Frage, ob es in der Polizei Probleme mit Rassismus, insbesondere mit dem Phänomen des Racial Profiling, und mit Rechtsextremismus gibt. Vielfach wird gefordert, eine wissenschaftliche Studie solle Klarheit verschaffen, ob die angesprochenen Probleme strukturell vorhanden sind und wenn ja, in welcher Größenordnung.

Wenn man eine ordentliche Studie machen will, die valide Erkenntnisse liefert, muss man an diese Studie hohe Qualitätsansprüche stellen, sowohl was die Datenbasis, die Methodik und die Ergebnisoffenheit angeht.

Ein kurzfristiger Erkenntnisgewinn ist nicht zu erwarten. Insofern überrascht mich die starke Fokussierung auf das Thema, weil Erkenntnisse und Bewertungen solider wissenschaftlicher Studien allenfalls eine mittel- bis langfristige Perspektive bieten. Unter diesem Aspekt ist die Frage zu stellen, ob eine Beschränkung

auf eine Berufsgruppe überhaupt sinnvoll und angezeigt ist oder ob uns als Gesellschaft nicht vielmehr die Prozesse generell interessieren sollten, die zu einer Radikalisierung führen können. Das hängt natürlich stark davon ab, welches Interesse man hat. Will man gesellschaftliche Prozesse von Radikalisierung analysieren und verstehen und daraus Schlüsse ziehen oder will man eine bestimmte Berufsgruppe besonders in den Fokus stellen, weil es momentan politisch opportun ist?

Ich halte wissenschaftliche Arbeit über die Entstehung von Rassismus für absolut notwendig. Wir müssen mehr lernen über die Faktoren, die ein Abgleiten aus der demokratischen Mitte in eine radikale Gedankenwelt begünstigen. Nur wenn wir diese begünstigenden Faktoren kennen können wir als Gesellschaft präventiv gegensteuern.

Was wir nicht brauchen ist eine ideologisch motivierte Diskreditierung von Polizei und Sicherheitsbehörden. Eine funktionierende Sicherheitsarchitektur bedingt ein stabiles Vertrauensverhältnis zwischen Polizei und Bürgern. Dafür muss jede Polizistin, jeder Polizist jeden Tag aufs Neue kämpfen. Dafür brau-



> Torsten Gronau

chen wir aber auch eine ausgewogene Berichterstattung und keinen Alarmismus in der Politik.

Schwierig ist die diffuse Faktenlage. Es gibt ein Lagebericht, erstellt vom Verfassungsschutz. Dieser Lagebericht informiert über bekannte Fälle von Extremismus in Sicherheitsbehörden. Jeder Fall ist einer zu viel. Insgesamt ist es aber eine überschaubare Zahl und die bekannten Fälle wurden weit überwiegend konsequent bearbeitet. Auch sonstige statistische Erhebungen, zum Beispiel bei Beschwerdestellen oder im Bericht der Polizeibeauftragten, geben keine Hinweise auf ein sehr großes Dunkelfeld in diesem Phänomenbereich. Aber natürlich haben wir alle mit Bestürzung und Sorge die Fälle von Chatgruppen in NRW, Hessen und Berlin zur Kenntnis genommen. Da gibt es auch nichts zu beschönigen. Die Ergebnisse der Ermittlungsverfahren werden hoffentlich helfen, Entstehung und Wirkweisen solcher gruppenspezifischen Prozesse nachzuvollziehen.

Kurzfristig kann nur die Erkenntnis helfen, dass es klare und glaubwürdige Bekenntnisse in der und für die Polizei gibt. Polizistinnen und Polizisten stehen auch in schwierigsten Situationen zum Rechtsstaat und zur freiheitlich demokratischen Grundordnung. Rechtsextreme und Rassisten haben in unserer Polizei nichts zu suchen. Schweigen ist Zustimmung. Gerade in Schleswig-Holstein haben wir mit der Polizeibeauftragten und der Ansprechstelle bei der Innenministerin Möglichkeiten, an die sich Kolleginnen und Kollegen gefahrlos wenden können, weil die dort arbeitenden Personen Vertraulichkeit zusichern können, denn sie sind vom Strafverfolgungszwang ausgenommen. ■



### Impressum:

Redaktion:  
Sven-Erik Haase  
Tel. 0173.6101705  
E-Mail:  
sven-erik.haase@gmx.de  
Landesgeschäftsstelle:  
Muhliusstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. 0431.2109662  
Fax 0431.38671061  
Internet: [www.dpolg-sh.de](http://www.dpolg-sh.de)  
E-Mail: [dpolg-sh@t-online.de](mailto:dpolg-sh@t-online.de)  
DPoIG SH bei facebook:  
[www.facebook.com/dpolg-sh](http://www.facebook.com/dpolg-sh)



ISSN 0937-4841

## Positionen der DPoIG

# Beabsichtigte Änderungen im LVwG

Das LVwG ist etwas in die Jahre gekommen und bedurfte einer Änderung. Im Gegensatz zu verschiedenen Änderungsvorhaben zu Polizeigesetzen in anderen Bundesländern verlief der Prozess in Schleswig-Holstein vergleichsweise ruhig. An dieser Stelle wollen wir auszugswise informieren, was geändert werden soll und wie die DPoIG sich dazu positioniert.

### Bodycams

Im geänderten LVwG soll nach dem erfolgreichen Probelauf bei der Landespolizei nunmehr die gesetzliche Regelung für die Nutzung von Bodycams geschaffen werden. Das begrüßt die DPoIG ausdrücklich. Bodycams sind ein probates Mittel zur Vermeidung von gewaltsamen Übergriffen gegen Polizeibeamtinnen und -beamte. Leider wird die Nutzung der Bodycams in Wohnungen wohl nicht zugelassen werden. Das kritisiert die DPoIG, zumal es in anderen Bundesländern durchaus andere Regelungen gibt. Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte beschränkt sich nicht auf den öffentlichen Raum.

### Distanz-Elektroimpulsgeräte (Taser)

Die Aufnahme von Distanz-Elektroimpulsgeräten in die Regelungen des § 251 LVwG ist ein wichtiger formaler Schritt. Taser gehören nach fester Überzeugung der DPoIG in die Ausstattung des polizeilichen Einzeldienstes, um die Vollzugsmittellücke zwischen dem Mehrzweckesatzstock und der Schusswaffe zu schließen. Die Einführung ist eine langjährige DPoIG-Forderung.

### Blutprobenentnahme zur Gefahrenabwehr

Hier wird endlich eine Gesetzeslücke geschlossen. Der kör-

perliche Kontakt zu mutmaßlich infizierten Personen im Rahmen von Vollzugsmaßnahmen kann unter bestimmten Umständen ein nicht zu kalkulierendes Risiko beinhalten, dass man sich angesteckt hat. Die Entnahme einer Blutprobe beim polizeilichen Gegenüber kann da angezeigt sein.

### Elektronische Aufenthaltsüberwachung

Die Schaffung einer Rechtsnorm, um eine elektronische Fußfessel bei einem Gefährder zu ermöglichen, wird von der DPoIG begrüßt. Die elektronische Aufenthaltsüberwachung kann ein wichtiges ergänzendes Mittel sein bei Personen, bei denen Erkenntnisse vorliegen, dass sie schwere Straftaten begehen werden.

### Aufenthaltsgebot/Meldeauflage

Gerade im Phänomenbereich gewalttätiger Fußballfans ist zu erkennen, dass es ausdifferenzierte Möglichkeiten geben muss, darauf zu reagieren. Bisher stießen Aufenthaltsverbote an ihre Grenzen, weil sie räumlich beschränkt sein müssen. Das führte immer wieder dazu, dass diese Personen sich trotzdem noch in die Nähe zu Stadien bewegten, um sich in der „3. Halbzeit“ außerhalb des Stadions an Gewalttaten zu beteiligen. Die Meldeauflagen

und Aufenthaltsgebote sind geeignete Mittel, das zu verhindern.

### Finaler Rettungsschuss

Möge niemand in die Situation kommen, einen tödlich wirkenden Schuss auf einen Menschen abgeben zu müssen. Aber es war schlichtweg auch nicht darstellbar, dass der Gesetzgeber sich davor drückt, ausgerechnet den schwersten aller denkbaren Rechtseingriffe nicht zu regeln. Die DPoIG hat stets die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung unterstrichen.

### Einsatz verdeckter Ermittler

Den Einsatz verdeckter Ermittler und von Vertrauenspersonen zur Gefahrenabwehr

gesetzlich zu regeln ist ausdrücklich richtig. Gerade der Einsatz von V-Leuten ist rechtlich nicht unumstritten, taktisch aber geboten. Insofern ist der Richtervorbehalt für diese Maßnahme nachvollziehbar.

Damit sollten wir Euch über die wichtigsten Vorhaben und die Positionen der DPoIG informiert haben. Das Gesetzgebungsverfahren ist natürlich noch nicht abgeschlossen und es kann immer noch Änderungen geben.

Torsten Gronau,  
Landesvorsitzender



© fotoART by Thommy Weiss / PIXELIO

### Vorstellung

#### Moin liebe Leser und Leserinnen!

Mein Name ist Sven-Erik Haase. Ich bin seit 2014 Mitglied des Landesvorstands und habe vor einem knappen Jahr die Redaktion des Landesteils Schleswig-Holstein im Polizeispiegel übernommen.

Seitdem bemühe ich mich, die vier Seiten, die unserem Landesverband pro Ausgabe zur Verfügung stehen, mit interessanten, kurzweiligen Artikeln zu füllen. Ich hoffe, dass mir das weitestgehend gelungen ist.

Wenn auch die meisten Beiträge aus dem Landesvorstand kommen, freue ich mich über Texte, die aus den Kreisverbänden an mich herangetragen werden. Ihr könnt gerne mit mir Kontakt aufnehmen, wenn ihr kreative Ideen habt. Auch Berichte von Aktionen aus eurem Bereich finden mit Sicherheit das Interesse der Leserschaft.

Kritik, negativ wie auch positiv, könnt ihr gerne bei mir loswerden.



© DPoIG SH



Übung einer Nordlichteinheit

## Leserbrief

### Zweite Einsatzhundertschaft

Jetzt soll sie kommen, die Zweite Einsatzhundertschaft. Wenn auch langsam – aber gut so!

Was mich daran ärgert ist, dass sich jetzt alle auf die Schulter klopfen. Die Politiker und aber insbesondere die GdP.

Dazu ein kleiner Rückblick: 1995 forderte Jochen Einfeldt, damals Zweiter Vorsitzender der DPoIG, in einer von uns veranstalteten Podiumsdiskussion nicht nur massive Verstärkung, sondern eben auch die Zweite Einsatzhundertschaft. Die Podiumsgäste hielten uns für maßlos und machten das auch deutlich.

Die DPoIG ließ seitdem nicht mehr locker. Unsere Mitbewerber taten das als Spinnererei ab!

Die Jahre vergingen.

Im Einzeldienst kämpften die Kolleginnen und Kollegen der Nordlicht Hundertschaften inzwischen um jedes Wochenende. Am Freitag zitterte man, ob nicht doch noch ein Einsatz

kommt. Wenn, wurden die Dienststellen personell durchgeschüttelt. Wieder ein Wochenende dahin. Manche waren schon verzweifelt, weil das Familienleben inzwischen litt. Als Personalrat hatte ich damals deswegen zahlreiche Gespräche. Helfen konnten wir nicht, denn die Lage musste bewältigt werden und die Erste Einsatzhundertschaft hatte ja ebenfalls das Limit überschritten. Selbst unsere Gewerkschaftkollegen von den anderen Landesverbänden schüttelten nur mit dem Kopf und fragten, wie wir das nur schaffen.

Als die Kolleginnen und Kollegen, die in der Flüchtlingsunterkunft Boostedt ihren Dienst versahen von dem guten Zustand der aufgegebenen Bundeswehrliegenschaft berichteten, wurden wir hellhörig.

2016 entwickelten wir dann ein Modell, dass man die Zweite Hundertschaft strategisch sehr gut in der Bundeswehrkaserne Boostedt unterbringen könnte. Auch die Fortbildung könnte endlich zentral stattfinden.

Wieder wurden wir nur müde belächelt und eine riesige Chance vertan.

andere auf die Schulter. Darüber ärgere ich mich seit Jahren maßlos!

Immer wieder hat die DPoIG die Ideen und wenn sie verwirklicht werden, klopfen sich

Ernst Meißner,  
Landessenorenbeauftragter



Ein Sonntag an der Kieler Förde...

© DPoIG SH (2)

## Meinungsaustausch mit der Polizeibeauftragten

In gewohnt offener und freundlicher Atmosphäre traf sich der Landesvorstand der DPoIG, vertreten durch Torsten Gronau, Frank Hesse und Sebastian Gieseler, mit der Polizeibeauftragten, Samiahl El Samadoni, und ihrer Mitarbeiterin, Heide von Petersdorff.

Schwerpunkthemen waren die Inhalte des ersten Tätigkeitsberichtes der Polizeibeauftragten und deren Bewertung durch die DPoIG sowie die aktuelle Wahrnehmung und mediale Darstellung der Polizei beim Thema Rassismus und Rechtsextremismus.

Torsten Gronau gab zu verstehen, dass der erste Tätigkeitsbericht eine gute Chance bietet, zu polizeilichen Themen von außen eine sachkundige Reflektion zu erhalten.

Da es der erste Tätigkeitsbericht der Polizeibeauftragten nach Schaffung des Amtes überhaupt war und er mit einiger Verspätung vorgestellt wurde, war nach Ansicht des Landesvorsitzenden der DPoIG eine gewisse politische Überladung spürbar. Je nach grundsätzlicher Positionierung der Fraktionen wurde die Arbeit und das Ergebnis der Polizeibeauftragten gelobt oder eben auch nicht. Manch einer fremdelt nach wie vor mit dem Amt der Polizeibeauftragten. Der DPoIG-Landesvorstand gab sich jedoch zuversichtlich, dass sich das im Laufe der Zeit relativieren werde. Nach seiner Ansicht hat sich das schleswig-holsteinische Modell einer Polizeibeauftragten weitgehend etabliert. Sie stellt für Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Kolleginnen und Kollegen eine kompetente Anlaufstelle dar.

Die DPoIG nimmt wahr, dass die Reaktionen von Vorgesetz-

ten in der Polizei unterschiedlich sind, wenn Mitarbeitende sich am Dienstwege vorbei an die Polizeibeauftragte wenden. Frau El Samadoni teilte mit, dass sie Rückmeldungen aus der Polizei aufgreifen wolle, wie sie ihre Verfahren für alle Verfahrensbeteiligten noch transparenter gestalten könne.



> Samiahl El Samadoni, Beauftragte für die Landespolizei

Auf Nachfrage zeichnete sie ein positives Bild von der Zusammenarbeit mit der Ansprechstelle bei der Innenministerin. Man habe gute Kontakte und es gäbe spezielle Themen, die auch dort besser aufgehoben seien. Das werde sich in der Praxis einspielen.

Auch zum Zusammenwirken mit den Personalvertretungen berichtete Frau El Samadoni überwiegend positiv. Wichtig sei, dass man für zielorientierte

Problemlösungen die Kräfte bündele.

Der Landesvorstand der DPoIG zeigte sich gespannt, wie mit den konkreten Ergebnissen und Hinweisen aus dem Tätigkeitsbericht seitens der Polizeiführung umgegangen werde, zum Beispiel der Fragestellung, warum im Geschäftsbereich der Polizei seit Jahren keine Rückmeldungen für Führungskräfte mehr durchgeführt werden.

Der Landesvorsitzende der DPoIG brachte ein weiteres Thema auf die Tagesordnung.

ihre Sichtweisen konstruktiv aus und verabredeten, hierzu weiter in Kontakt zu bleiben. Torsten Gronau machte deutlich, dass es durchaus Raum für wissenschaftliche Forschungen gäbe, welche Faktoren begünstigend auf eine Entstehung von Extremismus wirken. Hieraus ließen sich für die Gesellschaft, aber auch für Mitarbeitende in Sicherheitsbehörden wertvolle Erkenntnisse und Präventionsansätze erarbeiten. Solch eine Studie müsse aber breit angelegt sein und dauere seine Zeit. Bis dahin müsse alles Notwendige getan werden, dass Menschen mit extremistischen

Große Sorge bereite derzeit der mediale Fokus auf die Polizei beim Thema Rassismus und Rechtsextremismus.

Hier bedarf es, so der Landesvorsitzende, einer starken Versachlichung der Debatte. Pauschalisierungen und ideologische Ansätze sind nicht hilfreich. Allerdings bereiten die Vorfälle um Chatgruppen in Hessen, NRW und Berlin Sorge. Die Polizeibeauftragte und die DPoIG-Landes Spitze tauschten

Ansichten nicht das Gefühl haben, sie würden von anderen kollegial gedeckt.

Gerade Schleswig-Holstein hat mit der Polizeibeauftragten, die vom Strafverfolgungszwang ausgenommen ist, beste Voraussetzungen für Kolleginnen und Kollegen, die sonst nicht wissen, an wen sie sich wenden können.

*Torsten Gronau,  
Landesvorsitzender*